

Antrag

**der Abgeordneten André Trepoll, Dennis Gladiator, Joachim Lenders,
Karl-Heinz Warnholz, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/14350

Betr.: Dem Linksextremismus in Hamburg konsequent den Nährboden entziehen – Aktionsplan nach den verheerenden Gewaltexzessen beim G20-Gipfel

Der G20-Gipfel ist vorüber, die schockierenden Bilder aus Hamburg werden bundesweit vielen in trauriger Erinnerung bleiben. Tausende Linksextreme aus Deutschland und dem Ausland verwandelten Hamburgs Straßen in ein Schlachtfeld: Brennende Barrikaden, zerschlagene Scheiben, geplünderte Geschäfte, unzählige ausgebrannte Autos, zerstörte Gehwege und massivste Angriffe auf Polizeikräfte mit Steinen, Molotowcocktails und Flaschen führten zeitweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Diese Gewalt wäre ohne die Unterstützung der linksextremen Strukturen in Hamburg nicht möglich gewesen. Dieses Ausmaß linksextremistischer Gewalt ist in der jüngeren deutschen Geschichte einmalig. Es darf sich niemals mehr wiederholen. Linksextremer Gewalt darf künftig, ebenso wie Gewalt jeglicher anderer Extremisten, kein Raum mehr gegeben werden; sie bedroht das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt erheblich.

Gerade auf dem linken Auge waren Senat und Regierungsfractionen in Hamburg jedoch viel zu lange blind. Ob beispielweise bei der Roten Flora oder dem Gängerviertel, auch finanziell unterstützt Rot-Grün seit Jahren Vertreter aus dem linksextremen Spektrum und hat Hamburg so nachhaltig zu einer Hochburg des Linksextremismus verfestigt. Zu welchen Auswirkungen dies führt, war bei den massiven Ausschreitungen auf Hamburgs Straßen beim G20-Gipfel vor allem für Hunderte von verletzten Polizeibeamten und friedlichen Demonstranten sowie die vielen betroffenen Eigentümer am eigenen Leib mehr als deutlich zu spüren. Die Rote Flora, die seit 2014 wieder in städtischer Hand ist, muss geschlossen werden, um das Biotop des militanten Widerstandes zu ersticken. Stattdessen sollte das Gebäude künftig als kultureller oder sozialer Anlaufpunkt für den gesamten Stadtteil zur Verfügung stehen. Selbst Teile der Anwohner und Geschäftsinhaber aus der Schanze gehen mittlerweile auf Distanz zum Symbol der autonomen Linken.

Der Hamburger Verfassungsschutz warnt seit Jahren vor linksextremistischen Strömungen und Gruppierungen. Obwohl das linksextremistische Personenpotenzial in Hamburg mit 1.220 Personen drei Mal höher als das der Rechtsextremen mit 320 ist, ist die Anzahl der jeweils zuständigen Referenten beim Landesamt für Verfassungsschutz nahezu identisch. Hier muss dem Linksextremismus endlich eine angemessene Aufmerksamkeit durch personelle Verstärkung und eine entsprechende Schwerpunktsetzung gewidmet werden.

Es existieren zudem keine vernünftigen Konzepte, die beispielsweise Aufklärungskampagnen gegen Linksextremismus oder zielgerichtete Präventionsmaßnahmen beinhalten. Während es Programmen und Projekten gegen rechtsradikales oder gar „rechtes“ Gedankengut an Unterstützung nicht fehlt, ist der Senat auf dem linken Auge

blind. Extremismus – egal welchen politischen Hintergrundes – darf nicht geduldet oder bagatellisiert werden.

Linksextreme Ideologien können nämlich hochgefährlich sein, sie richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus und zielen auf eine sozialistische beziehungsweise kommunistische oder eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft ab. Gewalt wird als ein völlig legitimes Mittel aufgefasst, um gegen das als falsch empfundene System vorzugehen; abweichende Meinungen werden dabei oft nicht geduldet, linke Gewalt ist insofern Ausdruck von Intoleranz und Ignoranz. Es ist klar, dass auch linksextreme Strömungen keinen monolithischen Block bilden, sondern verschiedene und auch unterschiedlich extreme Ansichten existieren. Überwiegend werden jedoch sowohl staatliches Handeln als auch private Lebensmodelle, privates Eigentum und persönliche Freiheit nicht nur infrage gestellt, sondern militant abgelehnt und zerstört, wie sich bei den Ausschreitungen um den G20-Gipfel wieder einmal in gravierender Weise gezeigt hat. Derartige Ansichten haben in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nichts verloren und dürfen nicht länger von SPD und GRÜNEN verharmlost werden.

Wir benötigen deshalb endlich einen umfassenden ressortübergreifenden Aktionsplan gegen den Linksextremismus in Hamburg, der sowohl Präventions- als auch Gefahrenabwehrmaßnahmen beinhaltet und ihm dauerhaft den Nährboden entzieht.

1. Präventionsmaßnahmen

Erforderlich ist zunächst eine öffentliche Aufklärung über die verschiedenen linksextremen Strömungen durch Angebote der Freien und Hansestadt Hamburg. Wesentlicher Bestandteil sollte dabei eine Internetplattform sein, auf der zuständige Ansprechpartner, an die sich Bürger wenden können, zentral aufgeführt werden. Insbesondere muss Familienangehörigen, deren Kinder oder Partner in Berührung mit der linksextremen Szene geraten, eine schnelle und professionelle Beratung ermöglicht werden. Daneben sind unter Beteiligung von Experten der Gewalt- und Radikalismusprävention langfristige Präventionsprogramme sowie ein spezielles Aussteigerprogramm für Linksextremisten einzurichten und zu unterstützen. Um zu verhindern, dass Vereine oder Institutionen, die extremistisches Gedankengut fördern, finanzielle Mittel aus dem Haushalt erhalten, bedarf es der Einführung einer Extremismusklausel, mit der die Verantwortlichen versichern, dass sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und sich verpflichten, auch bei der Auswahl von Partnern, Referenten et cetera deren Bindung an die Ziele des Grundgesetzes sicherzustellen.

Darüber hinaus muss aktiv an Hamburgs Schulen über Linksextremismus aufgeklärt werden, die Thematik ist in die Bildungspläne der Fächer Politik Gesellschaft Wirtschaft beziehungsweise Gesellschaftswissenschaften aufzunehmen, entsprechende pädagogische Konzepte sind zu erarbeiten. Für Lehrkräfte müssen durch das LI Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Linksextremismus/linke Gewalt angeboten werden; die Lehrer müssen dazu befähigt werden, linkes Gewaltpotenzial unter ihren Schülern zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

In den Stadtteilen, die von Linksextremismus besonders betroffen sind, wie beispielsweise in der Schanze oder auf St. Pauli, sollen Projekte installiert werden, in denen soziale Einrichtungen, Anwohner, Gewerbetreibende und Vereine gemeinsam für mehr Toleranz und demokratische Kultur werben und sich für ein friedliches Zusammenleben und ein respektvolles Miteinander einsetzen. Bei regelmäßigen Treffen, auch mit den Bürgernahen Beamten des jeweiligen Polizeikommissariats und Mitarbeitern des zuständigen Bezirksamtes, sollen die aktuelle Lage vor Ort erörtert und entsprechende Maßnahmen entwickelt werden.

2. Gefahrenabwehr

Im Jahr 2012 wurde auf Basis des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes die gemeinsame Rechtsextremismus-Datei des Bundes und der Länder zur Aufklärung und Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus in Deutschland eingerichtet. Ebenso wie die Anti-Terror-Datei wird sie beim Bundeskriminalamt (BKA) geführt; beteiligt sind außerdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), der Militärische Abschirmdienst (MAD), die Bundespolizei sowie die Landesbehörden für Verfas-

sungsschutz (LfV) und die Landeskriminalämter unter Beachtung des Trennungsgebotes.

Wie die massiven Ausschreitungen beim G20-Gipfel zeigten, an denen Linksextreme aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem Ausland anreisen, ist zur Gefahrenabwehr eine entsprechende Linksextremismus-Datei erforderlich. Der Senat muss sich auf Bundesebene für den Erlass eines Linksextremismus-Datei-Gesetzes und die Einrichtung einer entsprechenden Verbunddatei einsetzen. Auf Bundesebene setzen sich Union und SPD sogar für eine europäische Extremistendatei für Linksradikale ein. In Anbetracht der vielen Linksextremen, die aus aller Welt zum G20-Gipfel nach Hamburg reisten, ist dies eine sinnvolle und erforderliche Maßnahme, die der Hamburger Senat dringend unterstützen muss.

Die Polizei Hamburg muss im Vorfeld von Demonstrationen und Veranstaltungen aus dem linksextremen Spektrum verstärkt Gefährderansprachen durchführen.

Um ausreichend qualifizierte Informationen zu erhalten und auswerten zu können, muss der Einsatz von verdeckten Ermittlern wieder ermöglicht werden. Die faktische Abschaffung durch den rot-grünen Senat war ein schwerer Fehler.

Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sind durch Fortbildungsmaßnahmen und Einsatztraining verstärkt darauf vorzubereiten, dass sie bei Krawallen im linksextremen Umfeld unerwartet angegriffen werden können. Sowohl der Bereich der Eigensicherung als auch Abwehrmaßnahmen müssen verstärkt trainiert werden.

Bei linksextremen Ausschreitungen, bei denen Polizeibeamte oder Dritte beispielsweise in der Schanze massiv angegriffen und zum Beispiel auch von Hausdächern aus mit Steinen oder Pyrotechnik beworfen werden, müssen binnen kürzester Zeit ausreichend entsprechend geschulte Polizeikräfte vor Ort sein, um die Situation unter Kontrolle zu bringen, Dächer abzusuchen und die Täter festzunehmen. Die Täter dürfen nicht in der Masse abtauchen und straffrei davonkommen.

Die G20-Protestcamps haben es gezeigt: Hamburg benötigt ein eigenes, modernes Versammlungsgesetz, das auch den Versammlungsbegriff klar definiert. Künftig muss es unmöglich sein, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für die Unterbringung (zum Beispiel in einer Zeltstadt) und der Organisation derjenigen zu missbrauchen, die unter dem Deckmantel des Grundgesetzes den Rechtsstaat aushöhlen wollen. Daneben muss auch die persönliche Eignung der Anmelder von Demonstrationen überprüft werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen Hamburger Aktionsplan gegen Linksextremismus mit Präventions- und Gefahrenabwehrmaßnahmen zu entwickeln und langfristig zu finanzieren. Zu berücksichtigten sind dabei insbesondere folgende Punkte:
 - a. Die Schließung der Roten Flora als Hochburg der autonomen und linksextremen Szene und als Biotop des militanten Widerstandes; das Gebäude soll künftig für kulturelle oder soziale Einrichtungen als Anlaufpunkt für den gesamten Stadtteil zur Verfügung stehen.
 - b. Die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle, an die sich sowohl Familienangehörige, deren Kinder oder Partner mit der linksextremen Szene in Berührung kommen, als auch anderweitig von Linksextremismus und links-extremer Gewalt betroffene Menschen wenden können.
 - c. Die Einrichtung eines Beratungsnetzwerks gegen Linksextremismus, in dem sich staatliche und nicht staatliche Akteure, die sich in Hamburg gegen Linksextremismus engagieren, regelmäßig vernetzen und austauschen können.

- d. Die Schaffung und Unterstützung von langfristigen Präventionsprogrammen gegen linke Gewalt unter Beteiligung von Experten der Gewalt- und Radikalismusprävention.
- e. Die Einrichtung eines speziellen Aussteigerprogramms für Linksextremisten.
- f. Die Einrichtung einer Förderrichtlinie zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus und seiner Strukturen in Hamburg von Vereinen, Verbänden, kleinen und mittleren Unternehmen oder Einzelpersonen.
- g. Die Einführung einer Extremismusklausel, die von Förderempfängern für Projekte zur Extremismusbekämpfung, insbesondere aus dem Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage“ und dem Senatskonzept „Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen“, unterzeichnet werden muss; diese hat mindestens ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundhaltung, eine Verpflichtung, bei der Auswahl von Partnern, Referenten et cetera deren Verpflichtung zu den Zielen des Grundgesetzes sicherzustellen sowie das Bekenntnis, dass mit der Förderung keineswegs der Anschein der Unterstützung extremistischer Strukturen geschaffen werden darf, zu beinhalten.
- h. Die Einrichtung einer Internetplattform, die Informationen über Linksextremismus bündelt, Aktivitäten und Ansprechpartner bei Sicherheitsbehörden und Beratungsstellen nennt und deutlich herausstellt, dass Hamburg Linksextremismus nicht duldet.
- i. Den Ausbau der Forschungen an der Universität Hamburg zu Früherkennung, Prävention und Bekämpfung aller Formen des politischen Extremismus, um bereits frühzeitig notwendige Antworten auf Fragen der zivilen Sicherheit zu erhalten.
- j. Die Förderung der Aufklärungsarbeit an Hamburgs Schulen über alle Formen des politischen Extremismus sowie eine Verankerung der vom Linksextremismus ausgehenden Gefahren in den Bildungsplänen der gesellschaftlichen Fächer.
- k. Die Ausweitung des Angebots von Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte über das Thema Gefahr durch Linksextremismus.
- l. Die Einrichtung von Projekten in den von Linksextremismus besonders betroffenen Stadtteilen zwischen Anwohnern, Gewerbetreibenden und Vereinen, um ein friedliches Zusammenleben und ein respektvolles Miteinander zu forcieren. Dabei sollen regelmäßige Treffen, auch mit den Bürgernahen Beamten des jeweiligen Polizeikommissariats und Mitarbeitern des zuständigen Bezirksamtes, stattfinden, bei denen die aktuelle Lage vor Ort erörtert und entsprechende Maßnahmen entwickelt werden.
- m. Vor Demonstrationen und Veranstaltungen aus dem linksextremen Spektrum sind verstärkt Gefährderansprachen bei bekannten Akteuren der Szene durch Polizeibeamte durchzuführen.
- n. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern muss wieder ermöglicht werden, um den Sicherheitsbehörden ausreichend qualifizierte Informationen zugänglich zu machen.
- o. Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sind durch Fortbildungsmaßnahmen verstärkt auf unerwartete Angriffe aus dem Bereich linker Gewalt vorzubereiten; entsprechende Trainings im Hinblick auf Eigensicherung und Abwehrmaßnahmen sind regelmäßig durchzuführen.
- p. Sicherstellung, dass ausreichend Spezialkräfte vor Ort im Falle linksextremer Ausschreitungen zeitnah bereitstehen. Neben der Beendigung der Ausschreitungen muss auch die Festnahme der Täter aus der Masse heraus forciert werden.

- q. Der Gefahr durch den Linksextremismus muss beim Landesamt für Verfassungsschutz auch durch die personelle Aufstockung und eine entsprechende Schwerpunktsetzung erheblich mehr Bedeutung beigemessen werden.
2. den Entwurf eines Versammlungsgesetzes für die Freie und Hansestadt vorzulegen, das die Grenzen des Versammlungsrechts klar definiert und Missbrauch, zum Beispiel durch Übernachtungscamps, verhindern soll und eine sorgfältige Prüfung der Eignung der jeweiligen Anmelder von Demonstrationen verlangt.
3. den Vorstoß, auf Bundesebene eine europäische Extremistendatei für Linksradi-kale einzurichten, zu unterstützen.
4. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2019 zu berichten.